Bundesgesetzblatt

605

Teil II

Z 1998 A

1990

Ausgegeben zu Bonn am 18. Juli 1990

Nr. 23

Tag	Inhalt	Seite
10. 7. 90	Gesetz zu dem Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	606
10. 7. 90	Gesetz zu dem Zusatzprotokoll Nr. 4 vom 25. April 1989 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte	615
10. 7. 90	Gesetz zu dem Abkommen vom 4. Juli 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen neu: 9500-13	619
11. 6. 90	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . .	628
11. 6. 90	Bekanntmachung des deutsch-somalischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	630
13. 6. 90	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens über den Binnenschiffsverkehr	631
13. 6. 90	Bekanntmachung des deutsch-mauretanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	632
18. 6. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens	634
18. 6. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Fernmelde-satellitenorganisation „INTELSAT“	634
19. 6. 90	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 14. November 1988 über den Beitritt der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien zur Westeuropäischen Union	635
19. 6. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus	636

*Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes Teil II ist für Abonnenten
die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1990 beigelegt.*

Gesetz
zu dem Vertrag vom 10. November 1989
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 10. Juli 1990

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 10. November 1989 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage sowie dem Notenwechsel vom 31. Januar/29. März 1990 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 10. Juli 1990

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
H. Haussmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Volksrepublik Polen
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Polską Rzeczpospolitą Ludową
w sprawie popierania i wzajemnej
ochrony inwestycji

Die Vertragsparteien –

in dem Wunsch, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für gegenseitige Kapitalanlagen zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung dieser Kapitalanlagen und ihr Schutz auf der Grundlage dieses Vertrags zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Initiative in diesem Bereich dienen werden –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag

- a) umfaßt der Begriff „Kapitalanlage“ alle Arten von Vermögenswerten, die der Investor der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung anlegt, insbesondere
- Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
 - Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsmarken, Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
 - Rechte auf eine gewerbliche Tätigkeit, die einen wirtschaftlichen Wert besitzen, einschließlich Rechte auf die Erkundung, Erschließung, Förderung oder den Abbau natürlicher Ressourcen, die auf einer Genehmigung gemäß der Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Gebiet die Kapitalanlagen getätigt werden, oder auf einer Genehmigung gemäß einer entsprechenden Übereinkunft beruhen;
- b) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere vergleichbare Entgelte auf eine Kapitalanlage im Sinne von Buchstabe a für einen bestimmten Zeitraum entfallen;

Umawiające się Strony,

pragnąc pogłębić obustronną współpracę gospodarczą,

dążąc do stworzenia korzystnych warunków dla wzajemnych inwestycji,

uznając, że popieranie tych inwestycji i ich ochrona na podstawie niniejszej Umowy służyć będą dalszemu rozwojowi inicjatyw gospodarczych w tej dziedzinie –

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

1. W rozumieniu niniejszej Umowy

- a) pojęcie „inwestycja“ obejmuje wszelkie mienie, które inwestor jednej Umawiającej się Strony inwestuje na terytorium drugiej Umawiającej się Strony zgodnie z jej ustawodawstwem, a w szczególności:
- własność ruchomości i nieruchomości oraz wszelkie inne prawa rzeczowe, takie jak hipoteka i prawo zastawu;
 - akcje, udziały oraz inne rodzaje uczestnictwa w spółkach;
 - roszczenia pieniężne do kwot wydatkowanych na stworzenie wartości gospodarczej lub roszczenia do świadczeń mających wartość gospodarczą;
 - prawa autorskie, prawa własności przemysłowej, procesy technologiczne, znaki handlowe, nazwy handlowe, know-how i goodwill;
 - prawa do działalności przemysłowej mające wartość gospodarczą, włącznie z prawami do poszukiwania, badania, eksploatacji lub wydobywania zasobów naturalnych, wykonywane na podstawie zezwolenia wydanego zgodnie z ustawodawstwem Umawiającej się Strony, na której terytorium dokonywana jest inwestycja, lub zezwolenia wynikającego z odpowiedniego porozumienia;
- b) pojęcie „przychody“ oznacza kwoty uzyskane w określonym czasie w formie udziałów w zyskach, dywidend, odsetek, opłat licencyjnych lub innych porównywalnych wpływów z inwestycji w rozumieniu litery a;

c) bezeichnet der Begriff „Investor“ eine natürliche Person mit ständigem Wohnsitz oder eine juristische Person mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich dieses Vertrags, die berechtigt ist, Kapitalanlagen zu tätigen.

(2) Dieser Vertrag erstreckt sich auf die ausschließliche Wirtschaftszone und den Festlandssockel, über welche die jeweilige Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zur Erforschung, Gewinnung und Erhaltung natürlicher Ressourcen ausüben kann.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Gebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zugelassen sind, genießen den Schutz des Vertrags. Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Keine Vertragspartei soll in irgendeiner Weise durch ungerechtfertigte oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Gebiet nicht weniger günstig, als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt, dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Gebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Monaten, geleistet werden und ist ab dem dritten Monat bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, der Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschä-

c) pojęcie „inwestor“ oznacza osobę fizyczną mającą stałe miejsce zamieszkania lub osobę prawną mającą siedzibę w jednym z obszarów obowiązywania niniejszej Umowy, uprawnioną do dokonywania inwestycji.

2. Niniejsza Umowa dotyczy wyłącznej strefy ekonomicznej i szelfu kontynentalnego, w stosunku do których dana Umawiająca się Strona może zgodnie z prawem międzynarodowym wykonywać suwerenne prawa i uprawnienia do poszukiwania, eksploatacji i utrzymywania zasobów naturalnych.

Artykuł 2

1. Każda Umawiająca się Strona będzie w miarę możliwości popierać na swoim terytorium inwestycje inwestorów drugiej Umawiającej się Strony i dopuszczać te inwestycje zgodnie ze swymi przepisami prawnymi. Inwestycje dopuszczone zgodnie z ustawodawstwem jednej Umawiającej się Strony korzystają z ochrony niniejszej Umowy. Każda Umawiająca się Strona będzie w każdym przypadku zapewniać tym inwestycjom równe i sprawiedliwe traktowanie.

2. Umawiające się Strony nie powinny poprzez nieuzasadnione lub dyskryminacyjne posunięcia na swoim terytorium oddziaływać w jakikolwiek sposób negatywnie na zarządzanie, użytkowanie lub korzystanie z inwestycji inwestorów drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 3

1. Każda Umawiająca się Strona będzie traktować na swoim terytorium inwestycje inwestorów drugiej Umawiającej się Strony lub inwestycje, w których mają udział inwestorzy drugiej Umawiającej się Strony, nie mniej korzystnie niż inwestycje własnych inwestorów bądź inwestycje inwestorów państw trzecich.

2. Każda Umawiająca się Strona będzie traktować na swoim terytorium inwestorów drugiej Umawiającej się Strony w odniesieniu do ich działalności związanej z inwestycjami nie mniej korzystnie niż własnych inwestorów lub inwestorów państw trzecich.

3. Traktowanie to nie dotyczy przywilejów, które jedna Umawiająca się Strona przyznaje inwestorom państw trzecich ze względu na ich udział w unii celnej lub gospodarczej, wspólnym rynku, Radzie Wzajemnej Pomocy Gospodarczej lub w strefie wolnego handlu bądź ze względu na ich stowarzyszenie z nimi.

4. Traktowanie, o którym mowa w niniejszym artykule, nie dotyczy ulg, które jedna Umawiająca się Strona przyznaje inwestorom państw trzecich na podstawie umowy o zapobieganiu podwójnemu opodatkowaniu lub w oparciu o inne porozumienia w sprawach podatkowych.

Artykuł 4

1. Inwestycje inwestorów jednej Umawiającej się Strony korzystają na terytorium drugiej Umawiającej się Strony z pełnej ochrony i bezpieczeństwa.

2. Inwestycje inwestorów jednej Umawiającej się Strony mogą na terytorium drugiej Umawiającej się Strony ulec wywłaszczeniu, nacjonalizacji lub mogą być poddane innym środkom równoznacznym w skutkach z wywłaszczeniem lub nacjonalizacją tylko w interesie publicznym i za odszkodowaniem. Odszkodowanie musi odpowiadać wartości wywłaszczonej inwestycji bezpośrednio przed momentem, w którym wywłaszczenie lub nacjonalizacja stały się publicznie znane. Odszkodowanie musi być wypłacone niezwłocznie, najpóźniej jednak w ciągu dwóch miesięcy; poczynając od trzeciego miesiąca do momentu wypłaty podlega ono oprocentowaniu według normalnej bankowej stopy procentowej; musi być zapewniona rzeczywista możliwość wykorzystania i transferu tego odszkodowania. Właściwy sposób ustalenia i wypłacenia odszkodowania powinien zostać ustalony najpóźniej w momencie wywłaszczenia, nacjonalizacji lub podjęcia równoznacznych w skutkach środków. Zgodność z prawem wywłaszczenia, nacjonalizacji lub równoznacznych w skutkach środków i

gung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei im Falle von Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung oder Liquidation der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

(1) Leistet eine Vertragspartei ihrem Investor Entschädigungszahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Gebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei, die die Zahlung geleistet hat, in alle diese übertragenen Rechte oder Ansprüche an. Die zahlende Vertragspartei kann die dem Investor zustehenden Rechte oder Ansprüche nur insoweit geltend machen, wie sie der Investor hätte geltend machen können; andererseits kann die andere Vertragspartei Gegenforderungen, die gegenüber dem Investor bestehen, auch gegenüber der zahlenden Vertragspartei geltend machen.

(2) Sind die Rechte oder Ansprüche des Investors auf die zahlende Vertragspartei übergegangen, so kann der Investor diese nicht gegen die andere Vertragspartei geltend machen, es sei denn, er ist hierzu von der zahlenden Vertragspartei ermächtigt.

(3) Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten die Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgt unverzüglich zu dem am Tage des Transfers gültigen Kurs.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

wysokość odszkodowania podlega zbadaniu w drodze zwykłego postępowania przed sądem powszechnym.

3. Inwestorzy jednej Umawiającej się Strony, których inwestycje doznały uszczerbku wskutek wojny lub innych konfliktów zbrojnych, rewolucji, stanu wyjątkowego lub zamieszek na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, będą w odniesieniu do ewentualnego odtworzenia, kompensaty, odszkodowania lub innych świadczeń traktowani przez tę Umawiającą się Stronę nie mniej korzystnie niż jej własni inwestorzy. Takie płatności podlegają swobodnemu transferowi.

4. W odniesieniu do spraw uregulowanych w niniejszym artykule, inwestorzy jednej Umawiającej się Strony korzystają z najwyższego uprzywilejowania na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 5

Każda Umawiająca się Strona gwarantuje inwestorom drugiej Umawiającej się Strony swobodny transfer należności związanych z inwestycją, a w szczególności:

- a) kapitału i kwot dodatkowych na utrzymanie lub powiększenie inwestycji;
- b) przychodów;
- c) spłaty pożyczek;
- d) wpływów z tytułu całkowitej lub częściowej sprzedaży albo likwidacji inwestycji;
- e) odszkodowań przewidzianych w Artykule 4 niniejszej Umowy.

Artykuł 6

1. Jeżeli jedna Umawiająca się Strona dokona na rzecz swego inwestora płatności odszkodowań na podstawie gwarancji dla inwestycji na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, wówczas ta druga Umawiająca się Strona uzna, bez uszczerbku dla praw pierwszej Umawiającej się Strony zawartych w Artykule 10, przeniesienie wszelkich praw lub roszczeń tego inwestora na mocy ustawy lub na podstawie czynności prawnych na pierwszą Umawiającą się Stronę. Druga Umawiająca się Strona uzna również wejście pierwszej Umawiającej się Strony, która dokonała płatności, w te wszystkie przeniesione prawa lub roszczenia. Umawiająca się Strona, która dokonała płatności, może dochodzić należnych inwestorowi praw lub występować z roszczeniami tylko w tym zakresie, w jakim mógłby ich dochodzić inwestor. Jednocześnie druga Umawiająca się Strona może dochodzić swoich roszczeń w stosunku do inwestora wobec Umawiającej się Strony, która dokonała płatności.

2. W przypadku przeniesienia praw lub roszczeń inwestora na Umawiającą się Stronę, która dokonała płatności, inwestor nie może ich dochodzić wobec drugiej Umawiającej się Strony, chyba że zostanie on do tego uprawniony przez Umawiającą się Stronę, która dokonała płatności.

3. W odniesieniu do transferu płatności na podstawie przeniesionych roszczeń mają odpowiednio zastosowanie Artykuł 4 ust. 2 i 3 oraz Artykuł 5.

Artykuł 7

Transfery, o których mowa w Artykule 4 ust. 2 i 3 oraz w Artykułach 5 i 6, odbywają się niezwłocznie według kursu obowiązującego w dniu transferu.

Artykuł 8

1. Jeżeli z przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony lub zobowiązań prawno-międzynarodowych, istniejących lub mogących powstać w przyszłości pomiędzy Umawiającymi się Stronami niezależnie od niniejszej Umowy, wynika przepis ogólny lub szczególny gwarantujący inwestycjom inwestorów drugiej Umawiającej się Strony traktowanie korzystniejsze niż przewidziane niniejszą Umową, wówczas przepis ten ma pierwszeństwo przed niniejszą Umową w zakresie, w jakim jest on korzystniejszy.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei auf ihrem Gebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Investoren der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften seit dem 14. September 1972 bis zum Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall einer Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer Vertragspartei und dem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Wird eine Meinungsverschiedenheit nach Artikel 4 Absatz 2 oder nach Artikel 5 innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Geltendmachung durch eine der Streitparteien nicht beigelegt, so ist jede der Streitparteien berechtigt, ein internationales Schiedsgericht anzurufen.

2. Každá Umawiająca się Strona dotrzyma wszelkich innych zobowiązań, jakie podjęła w odniesieniu do inwestycji inwestorów drugiej Umawiającej się Strony na swoim terytorium.

Artykuł 9

Niniejsza Umowa dotyczy również spraw, które wyłonią się po wejściu w życie niniejszej Umowy, a będą związane z inwestycjami dokonanymi na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, zgodnie z jej przepisami prawnymi, po dniu 14 września 1972 r., a przed wejściem w życie niniejszej Umowy.

Artykuł 10

1. Spory między Umawiającymi się Stronami dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być w miarę możliwości rozstrzygane przez Rządy obu Umawiających się Stron.

2. Jeżeli nie można rozstrzygnąć sporu w powyższy sposób wówczas należy na żądanie jednej z Umawiających się Stron przedłożyć go trybunałowi arbitrażowemu.

3. Trybunał arbitrażowy tworzony będzie, oddzielnie dla każdej sprawy, w ten sposób, że każda Umawiająca się Strona wyznaczy jednego arbitra, a obaj wyznaczeni w ten sposób arbitrzy wyrażą zgodę na obywatela państwa trzeciego, jako przewodniczącego, wyznaczonego przez Rządy Umawiających się Stron. Wyznaczenie arbitrowi powinno nastąpić w ciągu dwóch miesięcy, a przewodniczącego w ciągu trzech miesięcy, od daty zawiadomienia jednej Umawiającej się Strony przez drugą, że chce przedłożyć spór trybunałowi arbitrażowemu.

4. W przypadku niedotrzymania terminów wymienionych w ustępie 3, z braku innego porozumienia, każda Umawiająca się Strona może zwrócić się do Przewodniczącego Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości z prośbą o dokonanie koniecznych nominacji.

5. Trybunał arbitrażowy orzeka większością głosów. Jego decyzje są wiążące. Każda Umawiająca się Strona pokrywa koszty własnego arbitra oraz koszty jej udziału w postępowaniu przed trybunałem arbitrażowym; koszty przewodniczącego oraz pozostałe koszty pokrywają w równych częściach obie Umawiające się Strony. Trybunał arbitrażowy może inaczej uregulować sprawę kosztów. W pozostałych kwestiach trybunał arbitrażowy sam reguluje swój tryb postępowania.

6. W przypadku gdy obie Umawiające się Strony staną się stronami Konwencji o Rozstrzyganiu Sporów Inwestycyjnych między Państwami a Obywatelami innych Państw z dnia 18 marca 1965 r., wówczas ze względu na postanowienia Artykułu 27 ustęp 1 tej Konwencji, przewidziany uprzednio trybunał arbitrażowy nie może być zwolany, jeżeli stosownie do postanowień Artykułu 25 Konwencji doszło do porozumienia między inwestorem jednej Umawiającej się Strony a drugą Umawiającą się Stroną. Nie narusza to możliwości zwolania przewidzianego uprzednio trybunału arbitrażowego w przypadku niespektowania decyzji trybunału arbitrażowego powołanego na mocy wyżej wymienionej Konwencji (Artykuł 27) lub w przypadku subrogacji na mocy ustawy lub na podstawie czynności prawnych stosownie do Artykułu 6 niniejszej Umowy.

Artykuł 11

1. Spory dotyczące inwestycji między jedną Umawiającą się Stroną a inwestorem drugiej Umawiającej się Strony powinny być w miarę możliwości rozstrzygane polubownie między stronami sporu.

2. Jeżeli spór dotyczący spraw, o których mowa w Artykule 4 ust. 2 lub w Artykule 5, nie może być rozstrzygnięty w terminie sześciu miesięcy od chwili zgłoszenia go przez jedną ze stron, wówczas na żądanie jednej ze stron sporu należy przedłożyć go trybunałowi arbitrażowemu.

(3) Die in Absatz 2 getroffene Regelung gilt auch für Meinungsverschiedenheiten über solche Angelegenheiten, für die der Investor und die andere Vertragspartei ein Schiedsverfahren vereinbart haben.

(4) Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Vertragspartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird anerkannt und vollstreckt nach Maßgabe des Übereinkommens vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

(5) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat. Artikel 6 Absatz 2 bleibt unberührt.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbestimmte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Warschau am 10. November 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

3. Postanweisungen ust. 2 dotyczą również sporów w sprawach, w odniesieniu do których inwestor i Umawiająca się Strona uzgodnili postępowanie arbitrażowe.

4. Jeżeli strony sporu nie uzgodnią inaczej, wówczas stosuje się odpowiednio postanowienia Artykułu 10 ust. 3–5, zgodnie z zasadą, że arbitrzy wyznaczani są przez strony sporu, a w przypadku niedotrzymania terminów ustalonych w Artykule 10 ust. 3 każda ze stron sporu może z braku innych porozumień zwrócić się do przewodniczącego Instytutu Arbitrażowego Izby Handlowej w Sztokholmie z prośbą o dokonanie koniecznych nominacji. Orzeczenie trybunału arbitrażowego zostanie uznane i wykonane zgodnie z Konwencją z dnia 10 czerwca 1958 r. o Uznawaniu i Wykonywaniu Zagranicznych Orzeczeń Arbitrażowych.

5. Umawiająca się Strona, będąca równocześnie stroną sporu, nie będzie w trakcie postępowania przed trybunałem arbitrażowym lub wykonywania orzeczenia tego trybunału powoływać się na argument, że inwestor drugiej Umawiającej się Strony otrzymał za część lub za całość poniesionej szkody odszkodowanie z tytułu zawartego ubezpieczenia. Postanowienia Artykułu 6 ust. 2 pozostają nienaruszone.

Artykuł 12

Niniejsza Umowa obowiązuje niezależnie od tego, czy między Umawiającymi się Stronami istnieją stosunki dyplomatyczne lub konsularne.

Artykuł 13

Stosownie do Porozumienia Czterostronnego z dnia 3 września 1971 r. niniejsza Umowa rozciąga się zgodnie z ustalonymi procedurami na Berlin (Zachodni).

Artykuł 14

1. Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji; dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione w Bonn w możliwie najkrótszym terminie.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie po upływie jednego miesiąca od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych. Pozostaje ona w mocy w ciągu dziesięciu lat; po ich upływie ulega przedłużeniu na czas nieograniczony, jeżeli żadna z Umawiających się Stron nie dokona pisemnego wypowiedzenia Umowy w terminie dwunastu miesięcy przed jej wygaśnięciem. Po upływie dziesięciu lat Umowa może być wypowiedziana w każdym czasie z zachowaniem dwunastomiesięcznego okresu wypowiedzenia.

3. W odniesieniu do inwestycji dokonanych przed upływem ważności niniejszej Umowy postanowienia Artykułów 1 do 13 zachowują moc obowiązującą przez dalszych dwadzieścia lat, licząc od dnia upływu ważności niniejszej Umowy.

Sporządzono w Warszawie dnia 10 listopada 1989 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc obowiązującą.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Republikę Federalną Niemiec
Hans-Dietrich Genscher

Für die Volksrepublik Polen
Za Polską Rzeczpospolitą Ludową
Krzysztof Skubiszewski

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen wurden außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die Bestandteile des Vertrags sind.

(1) Zu Artikel 1

- a) Unter den Begriff „Kapitalanlage“ gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a fallen solche Kapitalanlagen, die für wirtschaftliche Zwecke vorgenommen werden.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung.
- b) Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zum Schutz des Lebens und der Gesundheit oder aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 4

Der Investor hat Anspruch auf Entschädigung auch bei einer Enteignung oder einer vergleichbaren Maßnahme im Sinne von Artikel 4 Absatz 2, die die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens, an dem er beteiligt ist, beeinträchtigt, wenn dadurch zugleich auch seine Kapitalanlage betroffen ist.

Protokół

Przy podpisaniu Umowy o popieraniu i wzajemnej ochronie inwestycji między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową przyjęto ponadto następujące uzgodnienia stanowiące integralną część Umowy.

1. Do Artykułu 1

- a) przez pojęcie „inwestycje“ zgodnie z Artykułem 1 ust. 1 lit. a rozumie się inwestycje dokonane w celach gospodarczych;
- b) przychody z tytułu inwestycji, a w przypadkach ich ponownego zainwestowania również przychody z tytułu reinwestycji, korzystają z takiej samej ochrony jak inwestycje.

2. Do Artykułu 3

- a) przez „działalność“ w rozumieniu Artykułu 3 ust. 2 należy rozumieć zarządzanie, przeznaczenie, użytkowanie i korzystanie z inwestycji. Przez „mniej korzystne“ traktowanie w rozumieniu Artykułu 3 należy rozumieć w szczególności: ograniczenia w dostępie do surowców i materiałów pomocniczych, surowców energetycznych i paliw oraz wszelkiego rodzaju środków produkcji i środków obrotowych, utrudnienia w zbyciu wyrobów oraz inne działania o podobnych skutkach;
- b) działania podejmowane ze względu na bezpieczeństwo i porządek publiczny, ochronę życia i zdrowia lub moralności publicznej nie są uważane za traktowanie „mniej korzystne“ w rozumieniu Artykułu 3;
- c) postanowienia Artykułu 3 nie zobowiązują Umawiającej się Strony do rozciągnięcia ulg, zwolnień i zniżek podatkowych, przyznawanych zgodnie z ustawami podatkowymi tylko zamieszkałym na stałe na jej terytorium osobom fizycznym i mającym tam stałą siedzibę spółkom, na stałe zamieszkałym na terytorium drugiej Umawiającej się Strony osoby fizyczne i mające tam stałą siedzibę spółki;
- d) Umawiające się Strony będą w ramach swych wewnętrznych przepisów prawnych życzliwie rozpatrywać wnioski w sprawie wjazdu i pobytu osób jednej Umawiającej się Strony, które chcą wjechać na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w bezpośrednim związku z inwestycją; to samo odnosi się do pracobiorców jednej Umawiającej się Strony, którzy w bezpośrednim związku z inwestycją chcą wjechać i przebywać na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w celu wykonywania działalności jako pracobiorcy. Wnioski w sprawie zezwolenia na pracę będą również życzliwie rozpatrywane.

3. Do Artykułu 4

Inwestorowi przysługuje odszkodowanie również w przypadku wyłączenia lub porównywalnych działań w rozumieniu Artykułu 4 ust. 2, na skutek których doznaje uszczerbku działalność gospodarcza przedsiębiorstwa, w którym ma on udział i gdy w wyniku tego inwestycja znacznie ucierpiała.

(4) Zu Artikel 5

Der Transfer von Gewinnanteilen und Dividenden im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b, die in polnischer Währung erzielt und in der geprüften Bilanz des dem Transfer vorausgehenden Jahres ausgewiesen worden sind, wird von der Volksrepublik Polen in folgenden Stufen gewährleistet:

Ab 1. Januar 1993 in Höhe von 15 % für das Jahr 1992,
 ab 1. Januar 1994 in Höhe von 25 % für das Jahr 1993,
 ab 1. Januar 1995 in Höhe von 35 % für das Jahr 1994,
 ab 1. Januar 1996 in Höhe von 50 % für das Jahr 1995,
 ab 1. Januar 1997 in Höhe von 75 % für das Jahr 1996,
 ab 1. Januar 1998 in Höhe von 100 % für das Jahr 1997.

Eine günstigere Regelung zwischen den polnischen Behörden und dem Investor bleibt unberührt.

Artikel 5 gilt uneingeschränkt ab dem Zeitpunkt, zu dem die Volksrepublik Polen die freie Konvertibilität ihrer Währung herstellt.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 9 und 11

a) Für Kapitalanlagen, die vor Inkrafttreten des Vertrags vorgenommen worden sind, wird der Transfer des in polnischer Währung erzielten Veräußerungs- oder Liquidationserlöses im Sinne von Artikel 5 Buchstabe d von der Volksrepublik Polen in folgenden Raten gewährleistet:

Im Jahr der Veräußerung bzw. Liquidation, frühestens ab 1. Januar 1993	20 %
im folgenden Jahr	30 %
im dritten Jahr die verbleibenden	50 %

b) Im Falle eines schwerwiegenden Zahlungsbilanzungleichgewichts werden die Vertragsparteien in Konsultationen eintreten mit dem Ziel, eine annehmbare anderweitige Regelung der anstehenden Transferleistungen nach Buchstabe a zu vereinbaren. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über die Auslegung und Anwendung von Buchstabe a in Verbindung mit Buchstabe b Satz 1 hat das gemäß Artikel 11 angerufene Schiedsgericht das Verfahren bis zum Abschluß der Konsultationen zwischen den Vertragsparteien auszusetzen.

c) Eine günstigere Regelung zwischen den polnischen Behörden und dem Investor bleibt unberührt.

(7) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei, vorbehaltlich der zwischen beiden Vertragsparteien bestehenden internationalen Übereinkünfte, weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

4. Do Artykułu 5

Transfer udziałów w zyskach i dywidend w rozumieniu Artykułu 1 ust. 1 lit. b uzyskanych w walucie polskiej i wykazanych w zweryfikowanym bilansie za rok poprzedni Polska Rzeczpospolita Ludowa zapewnia w następujących etapach:

od 1 stycznia 1993 r.	– 15 % kwoty za rok 1992,
od 1 stycznia 1994 r.	– 25 % kwoty za rok 1993,
od 1 stycznia 1995 r.	– 35 % kwoty za rok 1994,
od 1 stycznia 1996 r.	– 50 % kwoty za rok 1995,
od 1 stycznia 1997 r.	– 75 % kwoty za rok 1996,
od 1 stycznia 1998 r.	– 100 % kwoty za rok 1997.

Nie dotyczy to przypadków, w których między polskimi władzami a inwestorem uzgodniono korzystniejsze rozwiązanie.

Artykuł 5 będzie stosowany bez ograniczeń od momentu wprowadzenia w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej pełnej wymiwalności jej waluty.

5. Do Artykułu 7

Za dokonany „niezwłocznie“ w rozumieniu Artykułu 7 uważa się transfer, następujący w terminie normalnie koniecznym dla dokonania formalności związanych z transferem. Termin biegnie od momentu złożenia właściwego wniosku i w żadnym razie nie może przekroczyć dwóch miesięcy.

6. Do Artykułu 9 i 11

a) w odniesieniu do inwestycji dokonanych przed wejściem w życie niniejszej Umowy Polska Rzeczpospolita Ludowa zapewni transfer dochodów uzyskanych w walucie polskiej ze sprzedaży lub likwidacji w rozumieniu Artykułu 5 lit. d w następujących ratach:

– w roku sprzedaży lub likwidacji, lecz nie wcześniej niż 1 stycznia 1993 r.	20 %
– w następnym roku	30 %
– w trzecim roku – pozostałe	50 %

b) w przypadku fundamentalnej nierównowagi bilansu płatniczego Umawiające się Strony przystąpią do konsultacji w celu uzgodnienia innego, możliwego do przyjęcia, uregulowania kolejnych transferów przewidzianych w literze a. W przypadku sporu między Umawiającą się Stroną a inwestorem drugiej Umawiającej się Strony w sprawie wykładni i stosowania postanowień zawartych pod literą a, w powołaniu z literą b, pierwsze zdanie, trybunał arbitrażowy powołany zgodnie z Artykułem 11 jest zobowiązany do zawieszenia postępowania do czasu zakończenia konsultacji między Umawiającymi się Stronami;

c) korzystniejsze porozumienie między polskimi władzami a inwestorem pozostaje nienaruszone.

7. Przy przewozie towarów i osób mających związek z inwestycją, Umawiające się Strony, z zastrzeżeniem istniejących między Umawiającymi się Stronami porozumień międzynarodowych, nie będą stosować wyłączeń ani stwarzać utrudnień przedsiębiorstwom transportowym drugiej Umawiającej się Strony i w razie potrzeby udzielać zezwoleń na dokonanie transportu.

Auswärtiges Amt
422-413.35 POL

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Republik Polen unter Bezugnahme auf die am 10. November 1989 in Warschau erfolgte Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgendes mitzuteilen:

Im Rahmen des Ratifizierungsverfahrens hat sich herausgestellt, daß in Artikel 11, Absatz 4 Unterabsatz 1 Zeile 6 des deutschen Wortlauts des Vertrags infolge eines Redaktionsversehens statt des Wortes „Streitpartei“ das Wort „Vertragspartei“ benutzt wurde, obwohl sich aus dem Zusammenhang unzweideutig ergibt, daß nur das Wort „Streitpartei“ gemeint sein kann. Dieses Redaktionsversehen ist, soweit feststellbar, nur in der deutschen, nicht aber in der polnischen Sprachfassung entstanden.

Der Vertrag kann auf deutscher Seite nur ratifiziert werden, wenn zuvor dieses Redaktionsversehen berichtigt worden ist. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schlägt deswegen vor, daß Artikel 11 Absatz 4 Unterabsatz 1 folgenden zutreffenden Wortlaut erhält:

„Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5

sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.“

Das Auswärtige Amt wäre der Botschaft der Republik Polen dankbar, wenn sie dieser Berichtigung zustimmen und dies unter Wiederholung des berichtigten Wortlauts von Artikel 11 Absatz 4 Unterabsatz 1 möglichst bald bestätigen könnte. Das Auswärtige Amt wäre darüber hinaus dankbar, wenn in der Antwortnote der folgende Text enthalten wäre:

„Mit der Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 31. Januar und dieser Antwortnote ist der Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Wirkung vom Tage der Unterzeichnung, dem 10. November 1989, berichtigt.“

Das Auswärtige Amt dankt der Botschaft der Republik Polen für ihr Verständnis und benutzt diesen Anlaß, sie erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die Botschaft
der Republik Polen
Köln

L. S.

Bonn, den 31. Januar 1990

Botschaft
der Republik Polen
Nr. 10/66/90

Verbalnote

Die Botschaft der Republik Polen beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die am 10. November 1989 in Warschau erfolgte Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Polen ist mit dem folgenden Wortlaut des Artikels 11 Absatz 4 Unterabsatz 1 einverstanden:

„Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten

Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.“

Mit der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 31. Januar 1990 und dieser Antwortnote ist der Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Wirkung vom Tage der Unterzeichnung, dem 10. November 1989, berichtigt.

Die Botschaft der Republik Polen benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

L. S.

Köln, den 29. März 1990

**Gesetz
zu dem Zusatzprotokoll Nr. 4 vom 25. April 1989
zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim
unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte**

Vom 10. Juli 1990

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 25. April 1989 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll Nr. 4 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte (BGBl. 1969 II S. 597) und der am 25. April 1989 in Straßburg unterzeichneten Erklärung der Vertragsstaaten bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4 wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll Nr. 4 und die Erklärung der Vertragsstaaten bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll Nr. 4 nach seinem Artikel IV sowie die Erklärung der Vertragsstaaten bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 10. Juli 1990

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Dr. Zimmermann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Zusatzprotokoll Nr. 4
zur Revidierten Rheinschiffahrtsakte**

**Protocole additionnel N° 4
à la Convention révisée pour la navigation du Rhin**

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich Belgien,
die Französische Republik,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,
das Königreich der Niederlande,
die Schweizerische Eidgenossenschaft,

La République fédérale d'Allemagne,
Le Royaume de Belgique,
La République française,
Le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
Le Royaume des Pays-Bas,
La Confédération Suisse,

in der Erwägung,

- daß der Markt für die Rheinschiffahrt und für die Binnenschiffahrt auf den mit dem Rhein verbundenen Wasserstraßen durch eine schwere wirtschaftliche Krise betroffen ist, die ohne verbindliche Maßnahmen der Strukturbereinigung nicht behoben werden kann,
- daß es zu diesem Zweck wichtig ist, international abgestimmte und aus vom Binnenschiffahrtsgewerbe gespeisten Fonds finanzierte Abwrackaktionen durchzuführen, die mit Auflagen für die Inbetriebnahme zusätzlichen Schiffsraums verbunden werden,
- daß diese strukturbereinigenden Maßnahmen, die durch wirtschaftlichen Notstand und schwere Marktstörungen in der Binnenschiffahrt gerechtfertigt sind, nur ausnahmsweise und vorübergehend getroffen werden dürfen,
- daß diese Maßnahmen, um voll wirksam zu werden und zur Vermeidung von Regimeunterschieden und Wettbewerbsverzerrungen, in allen Rheinuferstaaten und Belgien einheitlich eingeführt werden müssen,

haben folgendes vereinbart:

Artikel I

1. Unbeschadet der allgemeinen Grundsätze der Revidierten Rheinschiffahrtsakte können für die Rheinschiffahrt vorübergehende Maßnahmen der Strukturbereinigung eingeführt werden.

2. Diese Maßnahmen können folgendes umfassen:

- a) eine Abwrackaktion mit Abwrackfonds, die durch Pflichtbeiträge der Schiffseigentümer finanziert werden;
- b) Auflagen für die Inbetriebnahme zusätzlichen Schiffsraums, wie die Verpflichtung der Eigentümer, bei Inbetriebnahme zusätzlichen Schiffsraums einen gleichwertigen Schiffsraum abzuwracken oder einen Sonderbeitrag an den Abwrackfonds zu leisten.

3. Damit die in den vorstehenden Absätzen genannten Maßnahmen sowie ihre späteren Änderungen in allen Rheinuferstaaten und Belgien einheitlich anwendbar sind, hat die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt die Befugnis, sie zum Gegenstand einer Entschließung zu machen, die in Übereinstimmung mit den von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft diesbezüglich beschlossenen Vorschriften gefaßt wird.

Die Rheinuferstaaten und Belgien haben, was die Anwendung dieser Maßnahmen betrifft, die gleichen Rechte und Pflichten.

Considérant,

- que le marché de la navigation rhénane et de la navigation intérieure sur les voies navigables reliées au Rhin est frappé d'une grave crise économique à laquelle il ne peut être remédié sans des mesures obligatoires d'assainissement structurel,
- qu'à cet effet il importe d'entreprendre des actions de déchirage coordonnées sur le plan international et financées par des fonds alimentés par la profession de la navigation intérieure, assorties de conditions relatives à la mise en service de cale supplémentaire,
- que ces mesures d'assainissement structurel qui sont justifiées par l'urgence économique et les perturbations graves affectant le marché de la navigation intérieure, doivent revêtir un caractère exceptionnel et temporaire,
- que pour être efficaces ainsi que pour éviter des disparités de régime et des distorsions de concurrence, celles-ci doivent être introduites d'une manière uniforme dans tous les Etats riverains du Rhin et la Belgique,

sont convenus de ce qui suit:

Article I

1. La navigation rhénane peut être soumise à des mesures temporaires d'assainissement structurel, notwithstanding les principes généraux contenus dans la Convention Révisée pour la Navigation du Rhin.

2. Ces mesures pourront comporter:

- a) une action de déchirage au moyen de fonds de déchirage alimentés par des cotisations obligatoires des propriétaires de bateaux;
- b) l'établissement de conditions relatives à la mise en service de cale supplémentaire, telles que l'obligation pour les propriétaires mettant en service de la cale supplémentaire de déchirer simultanément un volume équivalent de cale ou de verser une contribution spéciale au fonds de déchirage.

3. Pour que les mesures visées aux alinéas précédents ainsi que leurs modifications ultérieures soient applicables d'une façon uniforme dans tous les Etats riverains du Rhin et la Belgique, la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin est habilitée à prendre une résolution en conformité avec les règles adoptées en la matière par la Communauté Economique Européenne.

Les Etats riverains du Rhin et la Belgique auront, en ce qui concerne l'application de ces mesures, des droits et obligations égaux.

Artikel II

Dieses Zusatzprotokoll bleibt in Kraft bis zum 31. Dezember 1999.

Artikel III

Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifikation.

Die Ratifikationsurkunden sind im Sekretariat der Zentralkommission zwecks Verwahrung in deren Archiv zu hinterlegen.

Der Generalsekretär veranlaßt die Aufnahme eines Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden; er übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift der Ratifikationsurkunden sowie des Hinterlegungsprotokolls.

Artikel IV

Dieses Zusatzprotokoll tritt am ersten Tag des Monats nach der Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde im Sekretariat der Zentralkommission in Kraft. Der Generalsekretär unterrichtet hiervon die anderen Unterzeichnerstaaten.

Artikel V

Dieses Zusatzprotokoll wird in einer Urschrift in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefaßt; im Falle von Abweichungen ist der französische Wortlaut maßgebend; es wird im Archiv der Zentralkommission hinterlegt.

Jedem Vertragsstaat wird eine vom Generalsekretär beglaubigte Abschrift übermittelt.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Zusatzprotokoll unterschrieben.

Article II

Le présent Protocole additionnel restera en vigueur jusqu'au 31 décembre 1999.

Article III

Le présent Protocole additionnel est soumis à ratification.

Les instruments de ratification seront déposés au Secrétariat de la Commission Centrale pour être conservés dans ses archives.

Un procès-verbal du dépôt des instruments de ratification sera dressé par les soins du Secrétaire Général qui remettra à chacun des Etats signataires une copie certifiée conforme des instruments de ratification ainsi que du procès-verbal de dépôt.

Article IV

Le présent Protocole additionnel entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le dépôt du sixième instrument de ratification au Secrétariat de la Commission Centrale. Le Secrétaire Général en informera les autres Etats signataires.

Article V

Le présent Protocole additionnel est rédigé en un seul exemplaire en allemand, en français et en néerlandais; en cas de divergences, le texte français fait foi; il sera déposé dans les archives de la Commission Centrale.

Une copie certifiée conforme par le Secrétaire Général en sera remise à chacun des Etats Contractants.

En foi de quoi, les soussignés, ayant déposé leurs pleins pouvoirs, ont signé le présent Protocole additionnel.

Geschehen zu Straßburg, am 25. April 1989.

Fait à Strasbourg, le 25 avril 1989.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
Wilhelm Höynck

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
C. Bauwens

Für die Französische Republik:
Pour la République française:
Jean-Pierre Puissochet

Für das Königreich Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord:
Colin McLean

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
A. Bos

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:
R. Stettler

**Erklärung der Vertragsstaaten
bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4**

Angesichts der Dringlichkeit der Strukturbereinigung des Binnenschiffahrtsmarktes willigen die Vertragsstaaten darin ein, daß das Zusatzprotokoll Nr. 4 bereits vor Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden vom 1. Mai 1989 an vorläufig angewandt wird, wobei das endgültige Inkrafttreten der Durchführung der jedem Vertragsstaat eigenen verfassungsmäßigen Verfahren unterliegt.

Die in Anwendung dieses Protokolls getroffenen Maßnahmen können nicht vor Inkrafttreten der in Artikel I genannten Vorschriften der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wirksam werden.

**Déclaration des Etats Contractants
à l'occasion de la signature du Protocole additionnel n° 4**

Compte tenu de l'urgence de l'assainissement structurel du marché de la navigation intérieure, les Etats Contractants consentent à ce que le Protocole additionnel n° 4 soit appliqué provisoirement à partir du 1^{er} mai 1989, avant que tous les instruments de ratification aient été déposés, étant entendu que l'entrée en vigueur définitive sera subordonnée à l'accomplissement des procédures constitutionnelles propres à chacun des Etats Contractants.

Les mesures prises en application de ce Protocole ne pourront produire effet avant l'entrée en vigueur des règles de la Communauté Economique Européenne visées à l'article I.

Geschehen zu Straßburg, am 25. April 1989.

Fait à Strasbourg, le 25 avril 1989.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
Wilhelm Höynck

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
C. Bauwens

Für die Französische Republik:
Pour la République française:
Jean-Pierre Puissechet

Für das Königreich Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord:
Colin McLean

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
A. Bos

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:
R. Stettler

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 4. Juli 1989
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
über die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen**

Vom 10. Juli 1990

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 4. Juli 1989 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen sowie dem am 15. Juli 1988 aus Anlaß des Abschlusses der Verhandlungen über dieses Abkommen unterzeichneten Protokoll wird zugestimmt. Das Abkommen sowie das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, die genehmigten Vereinbarungen über die Mindest-/Höchstfrachten sowie die Nebenbedingungen für den Wechselverkehr, auf die sich der Gemischte Ausschuß gemäß Artikel 15 Abs. 3 des Abkommens geeinigt hat, durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Abweichungen von den in einer Rechtsverordnung nach Artikel 2 festgesetzten Mindest-/Höchstfrachten für Verkehrsleistungen sowie Zahlungen oder andere Zuwendungen, die einer Umgehung des festgesetzten Entgelts gleichkommen, sind verboten.

Artikel 4

Ordnungswidrig im Sinne des § 3 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Abschluß von Verträgen über Wechselverkehre im Sinne des Artikels 3 des Abkommens in Abweichung von den durch Rechtsverordnung nach Artikel 2 in Kraft gesetzten Mindest-/Höchstfrachten anbietet oder vermittelt oder wer solche Verträge abschließt oder erfüllt.

Artikel 5

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Wasser- und Schifffahrtsdirektion. Der Bundesminister für Verkehr kann abweichend von § 37 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten durch Rechtsverordnung eine Wasser- und Schifffahrtsdirektion als für den Bereich mehrerer Wasser- und Schifffahrtsdirektionen zuständig erklären.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Soweit den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen des Bundes auf Grund dieses Gesetzes oder durch Rechtsverord-

nungen auf Grund dieses Gesetzes Aufgaben zugewiesen werden, nimmt diese im Land Berlin der zuständige Fachsenator wahr.

(2) Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 7

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 20 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 10. Juli 1990

**Der Bundespräsident
Weizsäcker**

**Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl**

**Der Bundesminister für Verkehr
Dr. Zimmermann**

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
über die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen**

**Спогодба
между правителството на Федерална република Германия
и правителството на Народна република България
за корабоплаване по вътрешните водни пътища**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik Bulgarien —

von dem Wunsche geleitet, den Schiffsverkehr auf den
Binnenwasserstraßen beider Seiten weiter zu entwickeln,

eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere ihrer Bestim-
mungen über die Entwicklung des Verkehrswesens —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens sind:

- a) „Schiffe“: Die im Geltungsbereich dieses Abkommens
amtlich registrierten Binnenschiffe, mit denen dort, wo sie
registriert sind, Personen- und/oder Güterverkehr ohne
besondere Fahrerlaubnis betrieben werden kann;
- b) „Trägerschiffsleichter“: Schiffe nach Buchstabe a, die
unbemannte und nichtmotorisierte Leichter sind;
- c) „Schiffahrtsunternehmen“: Schifffahrttreibende Unterneh-
men oder Unternehmer, die ihren ständigen Firmen- oder
Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Abkommens haben;
- d) „Zuständige Behörden“: Der Bundesminister für Verkehr
der Bundesrepublik Deutschland und der Minister für
Verkehr der Volksrepublik Bulgarien, soweit sie sich nicht
gegenseitig andere Behörden oder Stellen als zuständig
mitteilen;
- e) „Häfen“: Die Häfen und amtlich genehmigten Umschlag-
stellen im Geltungsbereich dieses Abkommens.

Artikel 2

Nach Maßgabe der Artikel 3 bis 6 dürfen die Schiffe der
einen Seite die Binnenwasserstraßen der anderen Seite
im Geltungsbereich dieses Abkommens befahren sowie die
dortigen Häfen und amtlich zugelassenen Liegestellen be-
nutzen. Dies gilt auch entsprechend für den Transport von
schwimmenden Geräten und Schwimmkörpern sowie für das
Überführen von Schiffsneubauten.

Artikel 3

(1) Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter
zwischen Häfen der einen Seite und Häfen der anderen
Seite sowie umgekehrt über die sie verbindenden Binnen-

Правителството на Федерална република Германия
и
правителството на Народна република България,

водени от желанието да развият по-нататък корабо-
плаването по вътрешните водни пътища на двете страни,

като имат предвид Заключителния акт на Съвещанието
за сигурност и сътрудничество в Европа и особено него-
вите разпоредби за развитието на транспорта,

се споразумяха за следното:

Член 1

По смисъла на тази Спогодба:

- a) „кораби“: официално регистрирани в обсега на дейст-
вие на тази Спогодба речни кораби, с които там,
където те са регистрирани, могат да се извършват пре-
вози на хора и/или товари, без специално разрешение
за пътуване;
- b) „кораби-лихтери“: кораби по буква „а)“, които са немо-
торизирани лихтери, без екипаж на борда;
- в) „корабоплавателни предприятия“: предприятия или
предприемачи с постоянно седалище или местожител-
ство в обсега на действие на тази Спогодба, из-
вършващи корабоплавателна дейност;
- г) „компетентни органи“: Федералният министър на
транспорта на Федерална република Германия и Мин-
истърът на транспорта на Народна република Бълга-
рия, ако не бъдат взаимно посочени като компетентни
други органи или ведомства;
- д) „пристанища“: пристанищата и официално разреше-
ните товаро-разтоварни пунктове в обсега на действие
на тази Спогодба.

Член 2

Съгласно членове 3 до 6 корабите на всяка от догово-
рящите се страни имат право да пътуват по вътрешните
водни пътища в обсега на действие на тази Спогодба и да
ползуват пристанищата и официално разрешените места
за котвена стоянка на другата договаряща се страна.
Същото важи съответно и за буксирането на плаващи
съоръжения, оборудване и новопостроени кораби.

Член 3

(1) Корабите на всяка от страните имат право да превоз-
ват хора и/или товари между пристанищата на едната
договаряща се страна и пристанищата на другата догово-

wasserstraßen befördern (Wechselverkehr). Im Wechselverkehr dürfen Schiffe der einen Seite Personen und/oder Güter zwischen Häfen ihrer Seite und folgenden Häfen der anderen Seite befördern:

- a) Seehäfen;
- b) Häfen, die auf dem direkten Weg zu einem Seehafen liegen;
- c) Häfen, die die zuständige Behörde auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses benannt hat.

(2) Jede Seite kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Wechselverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

(3) Im Wechselverkehr sind die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten im Jahresverlauf kontinuierlich je zur Hälfte am Ladungsaufkommen zu beteiligen. Die Aufteilung erfolgt auf der Basis der Ladungstonnen. Soweit die Schiffahrtsunternehmen einer Seite nicht in der Lage sind, ihren Anteil zu befördern, haben sie zunächst diese Menge den Schiffahrtsunternehmen der anderen Seite ohne Anrechnung auf deren Quote zur Beförderung anzubieten.

(4) Die zuständigen Behörden beider Seiten haben auf Antrag einer Seite unter Berücksichtigung des Vorschlags des Gemischten Ausschusses für beide Seiten wirtschaftlich auskömmliche Mindest-/Höchstfrachten und die Nebenbedingungen verbindlich festzusetzen.

(5) Die Teilnahme von Schiffen aus einem dritten Land am Verkehr zwischen den Häfen beider Seiten geht zu Lasten der Quote der abgebenden Seite.

Artikel 4

(1) Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter durch das Gebiet der anderen Seite hindurch auf den Streckenabschnitten befördern, die auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses von den zuständigen Behörden vereinbart werden (Transitverkehr).

(2) Jede Seite kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Transitverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

Artikel 5

Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen der anderen Seite und einem Hafen in einem dritten Land und umgekehrt (Drittlandverkehr) nur aufgrund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde befördern.

Artikel 6

Die Beförderung von Personen und/oder Gütern zwischen Häfen der anderen Seiten (Kabotage) ist nur aufgrund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde gestattet.

Artikel 7

(1) Die Schiffe, ihre Besatzungen, ihre Fahrgäste und ihre Ladungen unterliegen den Rechtsvorschriften der Seite, deren Binnenwasserstraßen befahren werden.

ряща се страна и обратно през свързващите двете страни вътрешни водни пътища (взаимни превози).

По този начин корабите на едната от договарящите се страни имат право да превозват хора и/или товари между своите пристанища и следните пристанища на другата страна:

- a) морски пристанища;
- б) пристанища, разположени по прекия път към някое морско пристанище;
- в) пристанища, посочени от компетентните органи по предложение на Смесения комитет.

(2) Всяка от договарящите се страни може, след обсъждане в Смесения комитет — като изключение — по технически причини или заради сигурността на корабите, да посочи горни граници за броя на превозите по нейните водни пътища, в рамките на взаимните превози.

(3) В течение на годината корабоплавателните предприятия на двете страни участват във взаимните превози по равно от общия тонаж. Разпределението се извършва на базата на тонажа на товарите. Ако корабоплавателните предприятия на едната договаряща се страна не са в състояние да извършват своя дял от превозите, те трябва най-напред да предложат тези количества на корабоплавателните предприятия на другата страна, без да ги включват в квотата за превози на другата страна.

(4) Вземайки предвид предложението на Смесения комитет, компетентните органи на двете страни трябва по молба на едната от договарящите се страни обвързано да определят икономически приемливи минимални и максимални граници на навлото, както и допълнителни условия.

(5) Участието на кораби от трета страна в транспорта между пристанища от двете договарящи се страни е за сметка на квотата на предоставящата страна.

Член 4

(1) Корабите на всяка от страните имат право да превозват хора и/или товари през територията на другата страна, по маршрутите, съгласувани от компетентните органи по предложение на Смесения комитет (транзитни превози).

(2) Всяка от страните може, по изключение, след обсъждане в Смесения комитет — по технически причини или заради сигурността на корабите, да определи горни граници за транзитните превози по своите водни пътища.

Член 5

Корабите на всяка от страните могат да превозват хора и/или товари между пристанищата на другата страна и пристанища на трета страна и обратно (превози до и от трети страни) само въз основа на специално разрешение от компетентните органи.

Член 6

Превозването на хора и/или товари между пристанищата на другата страна (каботажни превози) се допуска само въз основа на специално разрешение от компетентните органи.

Член 7

(1) Корабите, техните екипажи, пътници и товари се подчиняват на законодателството на страната, по чиито вътрешни водни пътища се извършва корабоплаването.

(2) Es gelten jedoch folgende Ausnahmen:

- a) Auf der Donau werden das jeweils von der anderen Seite ausgestellte Befähigungszeugnis für die Besatzung (einschließlich des Schiffsführers) sowie das Schiffsattest anerkannt.
- b) Für die Schifffahrt auf den anderen Binnenwasserstraßen – ausgenommen Rhein, Mosel und Seeschiffsstraßen – werden die zuständigen Behörden gegen Vorlage der in dem Gebiet der anderen Seite erworbenen Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff, seine Besatzung und Ladung beziehen (z. B. Schiffsattest und Schifferpatente), die in ihrem Land vorgeschriebenen Urkunden und Bescheinigungen ausstellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Urkunden und Bescheinigungen in dem Gebiet einer Seite unter Bedingungen erteilt worden sind, die den im Gebiet der anderen Seite geltenden Vorschriften genügen.

Artikel 8

Mit Schiffen dürfen gefährliche Güter nur dann befördert werden, wenn sie hierfür das für die jeweilige Wasserstraße vorgeschriebene gültige Zulassungszeugnis besitzen.

Artikel 9

Jede Seite wird Schiffe der anderen Seite bei Inanspruchnahme der ihnen nach den Artikeln 2 bis 6 gewährten Verkehrsrechte ebenso behandeln wie Schiffe der eigenen Seite; das gilt insbesondere:

- a) bei der Erhebung öffentlicher Schiffs- und Hafengebühren;
- b) bei der Benutzung öffentlicher Hafeneinrichtungen, Liegestellen, Schleusen und ähnlicher Schiffsanlagen;
- c) bei der Abfertigung durch die jeweils zuständigen Behörden;
- d) bei der Treibstoff- und Schmiermittelversorgung.

Artikel 10

Jede Seite gewährt den Schiffen der anderen Seite hinsichtlich der Zollbehandlung des an Bord mitgeführten Mund- und Schiffsvorrats die gleiche Behandlung wie Schiffen der eigenen Seite. Entsprechendes gilt für die auf den Schiffen zu verwendenden Treib- und Schmierstoffe.

Artikel 11

(1) Die Schiffsverkehrsunternehmen beider Seiten dürfen im Gebiet der anderen Seite unter Beachtung des dort geltenden Rechts und nach Genehmigung durch die zuständige Behörde auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Agenturen zur Betreuung von Schiffen und Besatzungen errichten.

(2) Die Schiffsverkehrsunternehmen beider Seiten können zur Förderung der Wirtschaftlichkeit ihres Verkehrs miteinander Vereinbarungen über die betriebliche, technische und kommerzielle Zusammenarbeit treffen.

Artikel 12

Jede Seite gewährt den Schiffsverkehrsunternehmen der anderen Seite das Recht, die Differenz, die sich aus den Einnahmen und Ausgaben des Betriebs dieser Unternehmen ergibt, frei zu transferieren und frei von Abgaben an den Sitz dieser Unternehmen zu überweisen. Die Transferierung wird auf der Grundlage der amtlichen Wechselkurse innerhalb der üblichen Frist vorgenommen.

(2) Допускат се обаче следните изключения:

- a) по р. Дунав се признават издадените съответно от другата страна свидетелства за правоспособност на екипажа (включително и за капитана на кораба) както и корабното удостоверение.
- b) за корабоплаване по другите вътрешни водни пътища – с изключение на Рейн, Мозел и морските пътища – след представяне на издадените на територията на другата страна документи и удостоверения, отнасящи се до кораба, екипажа и товарите му (например корабно удостоверение, свидетелства за правоспособност) компетентните органи ще издават изискваните на тяхната територия документи и удостоверения. Предпоставка за това е, правилата за издаването им на територията на едната страна да отговарят на действащите в другата страна правила.

Член 8

Опасни товари могат да бъдат превозвани с кораби само тогава, когато за тази цел притежават изискваното по този речен път разрешително.

Член 9

Всяка от договарящите се страни ще третира корабите на другата страна при възползване от предоставените им по членове 2-ри до 6-ти транспортни права, така както собствените ѝ кораби; това се отнася преди всичко до:

- a) събирането на официални корабоплавателни и пристанищни такси;
- b) използването на нечастни пристанищни съоръжения, места за котвени стоянки, шлюзове и други подобни корабоплавателни съоръжения;
- v) оформянето на документи от съответните компетентни органи;
- г) снабдяването на корабите с гориво и смазочни материали.

Член 10

Всяка страна гарантира на корабите на другата страна същото митническо обслужване по отношение на намиращите се на борда продоволствени и други корабни запаси, както на собствените ѝ кораби. Същото се отнася и до горивото и смазочните материали, предназначени за потребление от дадения кораб.

Член 11

(1) Корабоплавателните предприятия на договарящите се страни могат, при спазване на местното законодателство и с разрешение на компетентните органи, на взаимна основа, да откриват на територията на другата страна агенции за обслужване на корабите и екипажите.

(2) За насърчаване на ефективността на своя транспорт корабоплавателните предприятия на двете страни могат да сключват помежду си споразумения за експлоатационно, техническо и търговско сътрудничество.

Член 12

Всяка договаряща се страна предоставя на корабоплавателните предприятия на другата страна, правото свободно да обменят и без удържки да превеждат в своето седалище, разликите от приходите и разходите в резултат на дейността на тези предприятия. Обмяната се извършва по официалния валутен курс и в обичайния срок.

Artikel 13

(1) Die Besatzungsmitglieder der Schiffe der beiden Seiten benötigen zum Grenzübertritt ein Reisedokument und eine Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks (Visum).

(2) Auf den Güterschiffen dürfen sich nur Besatzungsmitglieder befinden. Auf Personen- und Güterschiffen können zusammen mit den Besatzungsmitgliedern auch deren Ehegatten und deren unverheiratete minderjährige Kinder ein- und ausreisen, wenn sie im Besitz eines der in Absatz 1 genannten Dokumente und eines Sichtvermerks sind. Kinder unter 16 Jahren können im Reisedokument eines ihrer Elternteile eingetragen werden.

(3) Auf der Donau benötigen die Besatzungsmitglieder der Schiffe der beiden Seiten für den Grenzübertritt und den Aufenthalt an Bord sowie im Hafengelände der an der Donau gelegenen Häfen keinen Sichtvermerk, wenn sie Inhaber eines Donauschifferausweises oder Schifferdienstpasses und in der Besatzungsliste eingetragen sind. Das gleiche gilt für die in den Donauschifferausweisen oder den Schifferdienstpässen eingetragenen Familienangehörigen der Besatzungsmitglieder.

(4) Sämtliche in den Absätzen 1 bis 3 aufgeführten Personen an Bord müssen in eine Besatzungsliste eingetragen sein.

(5) Beide Seiten tauschen Muster der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Dokumente aus.

(6) Soweit Rechtsvorschriften einer Seite über Einreise und Aufenthalt von Ausländern günstigere Regelungen enthalten, gehen diese vor.

Artikel 14

(1) Die Schiffe beider Seiten dürfen an folgenden Stellen bei Tag und Nacht stillliegen:

- a) im Lade- und Löschhafen;
- b) in Häfen auf der Fahrtstrecke einschließlich der Grenzhäfen;
- c) an den durch die Verkehrsordnung zugelassenen Stellen auf der Fahrtstrecke.

(2) Im Falle einer Havarie, eines Unfalls, einer schweren Krankheit einer Person an Bord oder aus anderen Gründen, die die Weiterfahrt unmöglich machen, können die Schiffe an jeder geeigneten Stelle anlegen. In solchen Fällen hat der Schiffsführer oder eine von ihm bevollmächtigte Person umgehend die nächste Grenz-, Zoll-, Polizei- oder sonstige zuständige Behörde zu unterrichten.

(3) Die zuständigen Behörden beider Seiten leisten bei Havarien oder Unfällen, an denen Schiffe oder Personen der anderen Seite beteiligt sind, die notwendige Hilfe. Dies gilt auch bei Erkrankungen, die sofortige ärztliche Hilfe erfordern.

(4) Bei schweren Havarien oder Unfällen von Schiffen oder Personen einer Seite auf dem Gebiet der anderen Seite wird die Seite, auf deren Gebiet dieses Ereignis geschehen ist, unverzüglich die andere Seite davon verständigen, die erforderlichen Maßnahmen für die Untersuchung der Ursachen des Ereignisses treffen sowie die andere Seite über die Ergebnisse unterrichten und die Protokolle, die für die Schadensregulierung erforderlich sind, übermitteln.

Artikel 15

(1) Für die Erfüllung und die Überwachung der Anwendung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuß gebildet.

Член 13

(1) За пресичане на границите членовете на екипажите на корабите на двете страни трябва да притежават валиден задграничен паспорт и разрешение за престой, под формата на виза.

(2) На товарните кораби трябва да се намират само членовете на екипажа. С пътническите и товарните кораби заедно с членовете на екипажа могат да влизат и излизат в страната техните съпрузи и нежените им непълнолетни деца, ако същите притежават посочените в алинея 1 документи и визи. Деца под 16 години могат да бъдат вписани в паспорта на един от родителите.

(3) По река Дунав членовете на екипажите на корабите на двете страни не се нуждаят от виза при пресичане на границите, при пребиваване на борда или на територията на пристанищата по р. Дунав, ако притежават дунавска моряшка книжка или моряшки паспорт и са вписани в корабния екипажен списък. Същото се отнася и до вписаните в дунавските моряшки книжки или в моряшките паспорти членове на семействата на членовете на екипажите.

(4) Всички лица, посочени в алинеи 1 до 3 и намиращи се на борда, трябва да бъдат вписани в корабния екипажен списък.

(5) Двете страни ще разменят образци от посочените в алинеи 1 и 3 документи.

(6) Ако правните норми относно влизането и престоя на чужденци на една от договарящите се страни съдържат по-благоприятни условия, те имат предимство.

Член 14

(1) Корабите на двете страни могат по всяко време на денонощието да застават на котва на някое от следните места:

- a) в пристанищата, където товарят или разтоварват;
- b) в пристанищата по маршрута, включително граничните пристанища;
- в) в разрешените от правилата за плаване места по маршрута.

(2) При авария, нещастен случай, тежко заболяване на лице на борда или друга причина, която възпрепятства кораба да продължи пътуването си, той може да застане на котва на всяко удобно за целта място. В такъв случай капитанът или упълномощено от него лице трябва незабавно да информира най-близките гранични, митнически, полицейски или други компетентни органи.

(3) Компетентните органи на договарящите се страни оказват необходимата помощ при авария или нещастен случай на кораб или лице на другата страна. Това се отнася и до заболявания, изискващи незабавна лекарска помощ.

(4) При тежка авария или нещастен случай на кораби или лица от едната страна на територията на другата страна, страната на чиято територия се е случило събитието, незабавно ще информира другата страна за станалото, ще вземе необходимите мерки за проучване на причините на събитието, ще информира другата страна за резултатите и ще предостави необходимите за регулиране на щетите, протоколи.

Член 15

(1) За изпълнение и контрол над прилагането на тази Спогодба се създава Смесен комитет. В Смесения коми-

Dem Gemischten Ausschuß gehören je drei bevollmächtigte Vertreter jeder Seite an, die vom Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise vom Minister für Verkehr der Volksrepublik Bulgarien bestimmt werden.

Von Seiten der Bundesrepublik Deutschland werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Bundesministers für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland als Delegationsleiter sowie je ein vom Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland benannter Vertreter der Schiffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

Von Seiten der Volksrepublik Bulgarien werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Ministers für Verkehr der Volksrepublik Bulgarien als Delegationsleiter sowie je ein vom Minister für Verkehr der Volksrepublik Bulgarien benannter Vertreter der Schiffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

Zur Prüfung einzelner Fragen kann jede Seite Sachverständige hinzuziehen.

Der Gemischte Ausschuß erarbeitet und bestätigt auf seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung für seine Tätigkeit.

(2) Der Gemischte Ausschuß hat insbesondere die Aufgabe,

- a) den zuständigen Behörden Vorschläge zu machen für die
 - Festlegung der Transitwasserstraßen (Artikel 4 Absatz 1),
 - Festlegung der Häfen (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c),
 - Festsetzung von Mindest-/Höchstfrachten und der Nebenbedingungen (Artikel 3 Absatz 4),
 - Anpassung dieses Abkommens an die Entwicklung des Binnenschiffsverkehrs und Lösung aller Fragen, die sich aus der Anwendung dieses Abkommens ergeben,
 - Zulassung von Schiffen aus dritten Ländern zum Wechselverkehr;
- b) Beratungen durchzuführen über Möglichkeiten der Festsetzung von Höchstzahlen der Fahrten im Wechselverkehr (Artikel 3 Absatz 2) und im Transitverkehr (Artikel 4 Absatz 2);
- c) den Verkehr der Schiffe beider Seiten statistisch zu erfassen;
- d) die Einhaltung der nach Buchstabe a getroffenen Vereinbarungen und die Anwendung der Artikel 9, 10 und 11 zu überwachen und
- e) die Transportgüter auf die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten gemäß Artikel 3 Absatz 3 erforderlichenfalls aufzuteilen und die Ladungsaufteilung zu überwachen.

(3) Mindest-/Höchstfrachten einschließlich der Nebenbedingungen, auf die sich der Gemischte Ausschuß geeinigt hat, legt dieser den zuständigen Behörden zur Genehmigung vor. Die zuständigen Behörden vereinbaren die Inkraftsetzung dieser Beschlüsse des Gemischten Ausschusses und teilen einander unverzüglich mit, wann sie nach dem innerstaatlichen Recht in Kraft treten.

(4) Die auf der Grundlage der Vorschläge nach dem Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 dieses Artikels vorgesehenen Vereinbarungen kommen dadurch zustande, daß sich die zuständigen Behörden ihr Einverständnis mit den ihnen vom Gemischten Ausschuß unterbreiteten Vorschlägen gegenseitig innerhalb von zwei Wochen mitteilen.

тет участвуват по трима пълномощни представители на всяка страна, назначени съответно от Федералния министър на транспорта на Федерална република Германия и Министърът на транспорта на Народна република България. От страна на Федерална република Германия в Смесения комитет ще участва представител на Федералния министър на транспорта на Федерална република Германия като ръководител на делегацията, както и представител на корабоплавателните предприятия и на товарособствениците — и двамата посочени от Федералния министър на транспорта на Федерална република Германия.

От страна на Народна република България в Смесения комитет ще участва представител на Министъра на транспорта на Народна република България, като ръководител на делегацията, както и представител на корабоплавателните предприятия и товарособствениците — и двамата посочени от Министъра на транспорта на Народна република България. За разглеждане на отделни проблеми двете договарящи се страни могат да привличат експерти.

На първото си заседание Смесеният комитет изработва и утвърждава процедурни правила за своята дейност.

(2) Смесеният комитет има за задача преди всичко:

- a) да внася предложения пред компетентните органи за:
 - определяне на водните пътища за транзитно пътуване (Член 4, ал.1);
 - определяне на пристанищата (Член 3, ал.1, буква „в“);
 - определяне на горните и долните граници на навлото и уточняване на допълнителните условия (Член 3, ал.4);
 - осъвременяване на тази Спогодба в съответствие с развитието на речното корабоплаване и решаване на всички въпроси, произтичащи от нейното прилагане;
 - допускане на кораби на трети страни до взаимните превози;
- б) да провежда обсъждане на възможностите за определяне на максимален брой на взаимните превози (Чл.3, ал.2) и на транзитните превози (Чл.4, ал.2);
- в) да води отчет за извършените превози с корабите на всяка от страните;
- г) да контролира спазването на споразуменията по буква „а“ и прилагането на членове 9, 10 и 11;
- д) да разпределя при необходимост товарите сред корабоплавателните предприятия на двете страни съгласно Член 3, ал.3 и да контролира това разпределение.

(3) Смесеният комитет предлага на компетентните органи долните и горните граници на навлото, включително до пълните условия, по които се е споразумял, с цел те да бъдат одобрени. Компетентните органи съгласуват влизането в сила на тези решения на Смесения комитет и си съобщават незабавно кога те влизат в сила в съответствие с вътрешното им законодателство.

(4) Предвидените въз основа на предложенията по ал.2, буква „а“ и ал.3 на този Член споразумения се постигат като компетентните органи в двуседмичен срок се информират взаимно за съгласието си с направените от Смесения комитет предложения.

(5) Kann eine Einigung im Gemischten Ausschuß nicht erzielt werden, treten auf Antrag einer Seite die Vertreter der zuständigen Behörden innerhalb von vier Wochen zur Konsultation zusammen.

Artikel 16

Die zuständigen Behörden werden dem Gemischten Ausschuß auf sein Ersuchen diejenigen Unterlagen übermitteln, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Artikel 15 bedarf.

Artikel 17

Die Sportfahrzeuge beider Seiten können die Binnenwasserstraßen im Geltungsbereich dieses Abkommens unter Beachtung der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften benutzen.

Artikel 18

Die Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mannheimer Akte von 1868 gegenüber den Vertragsstaaten dieser Akte und die Rechte und Verpflichtungen der Volksrepublik Bulgarien aus der Belgrader Konvention von 1948 gegenüber den Vertragsstaaten dieser Konvention werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 19

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Seiten einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder Seite mit einer Frist von sechs Monaten vor Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen mit Ablauf dieses Kalenderjahres außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 4. Juli 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(5) Ако в Смесения комитет не бъде постигнато съгласие, по молба на една от договарящите се страни в четириседмичен срок представители на компетентните органи се срещат за консултация.

Член 16

По молба на Смесения комитет компетентните власти му предоставят онези документи, които са му необходими за изпълнение на неговите задачи по чл.15.

Член 17

Спортните лодки и кораби на двете страни могат да използват вътрешните водни пътнища в обсега на действие на тази Спогодба при спазване на съответното вътрешно законодателство.

Член 18

Правата и задълженията на Федерална република Германия по Манхаймския акт от 1868 г. спрямо договарящите се страни по този Акт и правата и задълженията на Народна република България по Белградската конвенция от 1948 г. спрямо договарящите се страни по тази Конвенция не се засягат от тази Спогодба.

Член 19

Съгласно Четиристранното споразумение от 3 септември 1971 година, тази Спогодба се разпростира в съответствие с установената процедура върху Берлин (Запад).

Член 20

(1) Тази Спогодба се сключва за неопределен срок.

(2) Тази Спогодба влиза в сила след като двете страни по дипломатически път се уведомят взаимно за изпълнението на вътрешнодържавните изисквания за влизането на Спогодбата в сила.

(3) Тази Спогодба може да бъде денонсирана от всяка от договарящите се страни чрез отправено по дипломатически път писмено предизвестие със срок от шест месеца преди края на календарната година. В такъв случай, с изтичането на календарната година Спогодбата прекратява действието си.

Съставена в Бон на 04.07.1989 в два оригинални екземпляра на немски и български език, като и двата текста имат еднаква сила.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Правителството на Федерална република Германия

Lautenschlager

Dr. Zimmermann

Für die Regierung der Volksrepublik Bulgarien
За Правителството на Народна република България

Trifon Pashov

Protokoll

Aus Anlaß des Abschlusses der Verhandlungen über das Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen erklären die Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien:

1. Verkehrsrechte

Um eine einheitliche Anwendung des Abkommens zu gewährleisten, haben sich beide Seiten geeinigt, von folgendem inhaltlichen Verständnis der Verkehrsrechte auszugehen:

- (1) Wechselverkehr: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff einer der Seiten von dem Gebiet der einen Seite in das Gebiet der anderen Seite über ausschließlich solche Binnenwasserstraßen, die beide Seiten miteinander verbinden.
- (2) Transitverkehr: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite auf Binnenwasserstraßen durch das Gebiet der anderen Seite, ohne daß dabei auf der Durchfahrt Personen zu- oder aussteigen beziehungsweise ohne dabei Güter zu laden oder zu löschen.
- (3) Drittlandverkehr: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite von einem dritten Land in das Gebiet der anderen Seite oder umgekehrt.
- (4) Kabotage: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite zwischen Lade- und Löschplätzen an Binnenwasserstraßen der anderen Seite.

Für die Beurteilung, welches Verkehrsrecht in Anspruch genommen wird, ist die Beförderungsleistung des jeweiligen Schiffes maßgebendes Kriterium und nicht die Herkunft und der Zielort des Beförderungsgutes.

2. Auf Antrag der Seite der Bundesrepublik Deutschland wird die Volksrepublik Bulgarien auf der Grundlage eines Vorschlages des Gemischten Ausschusses die Schifffahrt der Bundesrepublik Deutschland am Transitverkehr (Artikel 4) beteiligen.
3. Beide Seiten werden den in Artikel 13 Absatz 5 vorgesehenen Austausch von Dokumenten vor Inkrafttreten des Abkommens vollziehen.
4. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erläutert zu Artikel 14 Absatz 1, daß die Zollbehörden im Grenzbereich besondere Anlegestellen bestimmen können.
5. Zu Artikel 14 Absätze 3 und 4 besteht Einvernehmen, daß jede Seite bei Havarien oder Unfällen von Schiffen oder Personen Sachverständige der anderen Seite zur Untersuchung zulassen kann.

Протокол

По повод приключването на преговорите за съгласуване на Спогодба между правителствата на Федерална република Германия и Народна република България за корабоплаване по вътрешните водни пътища, делегациите на Федерална република Германия и Народна република България дават следните обяснения:

1. Права за превоз

За да се осигури еднакво приложение на Спогодбата, двете страни се споразумяха да изхождат от следния смисъл на понятията за правата за превоз:

- (1) Взаимни превози: Превози на хора и/или товари с кораб на една от страните от територията на едната страна в територията на другата страна само по вътрешните водни пътища, които свързват двете страни.
- (2) Транзитни превози: Превози на хора и/или товари с кораб на едната страна по вътрешните водни пътища през територията на другата страна, без право по време на пътуването да се качват или слизат хора, респ. без да се товарят или разтоварват стоки.
- (3) Превози до трети страни: Превози на хора и/или товари с кораб на едната страна от трета страна в територията на другата страна или обратно.
- (4) Каботаж: Превоз на хора и/или товари с кораб на едната страна между местата за товарене и разтоварване по вътрешните водни пътища на другата страна.

За определяне кое право за превоз ще се прилага, решаващ критерий е осъщественият превоз от даден кораб, а не произходът и мястото на назначение на товара, превозван от кораба.

2. По молба от страна на Федерална република Германия, Народна република България, по предложение на Смесения комитет, ще дава възможност за участие на кораби на Федерална република Германия в транзитните превози (член 4).
3. Двете страни ще извършат предвидената в член 13, алинея 5 размяна на документи преди влизането в сила на тази Спогодба.
4. Делегацията на Федерална република Германия, обяснява по член 14, алинея 1, че митническите власти ще определят котвените стоянки в граничната зона.
5. По член 14, алинея 3 и 4 беше постигнато съгласие, че всяка страна може да допусне експерти на другата страна за разследване при аварии или нещастни случаи с кораби или хора.

6. Beide Seiten erklären: Der Status der Wasserstraßen in Berlin (West) ist nicht Gegenstand des Abkommens. Die Regierung der Volksrepublik Bulgarien bestätigt in diesem Zusammenhang, daß die Bestimmungen dieses Abkommens auf bulgarische Schiffe in Berlin (West) Anwendung finden.
6. Статутът на водните пътища в Берлин (Запад) не е предмет на тази Спогодба. В тази връзка Правителството на НРБ потвърждава, че разпоредбите на тази Спогодба ще се прилагат за българските кораби в Берлин (Запад).

Sofia, den 15. Juli 1988.

гр. София, 15 юли 1988 г.

Für die Delegation der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За делегацията на Федерална република Германия

Ph. Nau

Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland
Ръководител на делегацията на Федерална република Германия

Für die Delegation der Regierung der Volksrepublik Bulgarien
За делегацията на Народна република България

Arsov

Leiter der Delegation der Volksrepublik Bulgarien
Ръководител на делегацията на Народна република България

**Bekanntmachung
des deutsch-mosambikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Juni 1990

Das in Maputo am 9. Mai 1990 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Mosambik über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 9. Mai 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Juni 1990

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik Mosambik
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik Mosambik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Mosambik,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik Mosambik beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Volksrepublik Mosambik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Sektorbezogenes Programm Transportwesen, Phase II“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, einen Finanzierungsbeitrag bis zu 10,6 Mio. DM (in Worten: zehn Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik Mosambik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Sektorbezogenes Programm Transportwesen, Phase II“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt

der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik Mosambik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in dem Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Volksrepublik Mosambik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Volksrepublik Mosambik überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Volksrepublik Mosambik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Maputo am 9. Mai 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Peter Scholz

Für die Regierung der Volksrepublik Mosambik
Jacinto Veloso

**Bekanntmachung
des deutsch-somalischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Juni 1990

Das in Mogadischu am 9. Mai 1990 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Demokratischen
Republik Somalia über Finanzielle Zusammenarbeit ist
nach seinem Artikel 7

am 9. Mai 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Juni 1990

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Demokratischen Republik Somalia –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokrati-
schen Republik Somalia,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Demokratischen Republik Somalia beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Demokratischen Republik Somalia, von der
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vor-
haben „Sektorbezogenes Programm Trinkwasserversorgung und
Landwirtschaft“ zunächst einen Finanzierungsbeitrag bis zu
1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark) zu erhal-
ten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt
worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einverneh-
men zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Republik Somalia durch
andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Be-
dingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das
Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der
Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzia-
rungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundes-
republik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Republik Somalia stellt die
Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und son-
stigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem
Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Ver-
träge in der Demokratischen Republik Somalia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Republik Somalia überläßt
bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags
ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und
Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der
Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleich-
berechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im
deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen

oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Republik Somalia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Mogadischu am 9. Mai 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hans-Jürgen Keilholz

Für die Regierung der Demokratischen Republik Somalia
Ahmed Mohamed Aden

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens
über den Binnenschiffsverkehr**

Vom 13. Juni 1990

Nach Artikel 7 Abs. 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 1989 zu dem Abkommen vom 26. Januar 1988 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über den Binnenschiffsverkehr (BGBl. 1989 II S. 1035) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 1

am 4. Mai 1990

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 13. Juni 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
des deutsch-mauretanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 13. Juni 1990

Das in Nouakchott am 19. April 1990 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik
Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach
seinem Artikel 7

am 19. April 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. Juni 1990

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen
Republik Mauretanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Islamischen Republik Mauretanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es
der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien, von der
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzia-
rung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen
zur Flüchtlingshilfe für die aus dem Senegal Repatriierten und der
im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallen-
den Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung,
Montage und Beratung einen Finanzierungsbeitrag bis zu

2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark) zu
erhalten. Es muß sich dabei um den Bezug von Waren und
Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten
Liste handeln, für die Verträge nach dem 1. März 1990 abge-
schlossen wurden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags und die
Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt
der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regie-
rung der Islamischen Republik Mauretanien zu schließende Ver-
trag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden
Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien stellt die
Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und
sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit
Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags
in der Islamischen Republik Mauretanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien überläßt
bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags
ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-
und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl
der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die
gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz

im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine gleichberechtigte Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Nouakchott am 19. April 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
van Edig

Für die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
Ould Abeiderrahmane

**Anlage
zum Abkommen vom 19. April 1990
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

1. Liste der Waren und Leistungen, die aus dem Finanzierungsbeitrag zur Flüchtlingshilfe finanziert werden können:
 - a) Geräte und Material, insbesondere Zelte, Decken, Baustoffe, Saatgut, landwirtschaftliches Gerät, Handwerkzeug und andere Produkte, die zur Befriedigung der Grundbedürfnisse dienen. Sie müssen die Integration der Flüchtlinge verbessern helfen.
 - b) Ersatz- und Zubehörteile, soweit unmittelbar erforderlich.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Gründung eines Rates
für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens**

Vom 18. Juni 1990

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens (BGBl. 1952 II S. 1, 19) ist nach seinem Artikel XVIII Buchstabe c für die

Deutsche Demokratische Republik am 27. März 1990 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. April 1990 (BGBl. II S. 470).

Bonn, den 18. Juni 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
Im Auftrag
Dr. Dobiay

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“**

Vom 18. Juni 1990

Das Übereinkommen vom 20. August 1971 über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“ (BGBl. 1973 II S. 249) ist nach seinem Artikel XX und das Betriebsübereinkommen nach seinem Artikel 23 für

Rumänien am 7. Mai 1990 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1990 (BGBl. II S. 58).

Bonn, den 18. Juni 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Protokolls vom 14. November 1988
über den Beitritt der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien
zur Westeuropäischen Union**

Vom 19. Juni 1990

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 1. August 1989 zu dem Protokoll vom 14. November 1988 über den Beitritt der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien zur Westeuropäischen Union (BGBl. 1989 II S. 676) wird bekanntgemacht, daß das Protokoll nach seinem Artikel III

am 27. März 1990

für die

Bundesrepublik Deutschland

und die folgenden Vertragsparteien in Kraft getreten ist:

Belgien

Frankreich

Italien

Luxemburg

Niederlande

Portugal

Spanien

Vereinigtes Königreich.

Die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 4. Oktober 1989 bei der belgischen Regierung hinterlegt worden.

Bonn, den 19. Juni 1990

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt**

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, Postfach 1320, 5300 Bonn 1, Telefon: (0228) 38208-0
Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1990 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus
Vom 19. Juni 1990**

Das Europäische Übereinkommen vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (BGBl. 1978 II S. 321) ist nach seinem Artikel 11 Abs. 3 für

Finnland

am 10. Mai 1990

in Kraft getreten.

Finnland hat bei Hinterlegung der Annahmearkunde den folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

„The Government of Finland, in accordance with the provisions of Article 13 of this Convention and subject to the undertaking contained in that article, reserves the right to refuse extradition in respect of any offence mentioned in Article 1 which it considers to be a political offence.“

„Die Regierung von Finnland behält sich nach Artikel 13 des Übereinkommens und nach Maßgabe der in jenem Artikel enthaltenen Verpflichtung das Recht vor, die Auslieferung in bezug auf eine in Artikel 1 genannte Straftat abzulehnen, die sie als politische Straftat ansieht.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Oktober 1989 (BGBl. II S. 857).

Bonn, den 19. Juni 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt